



SPD-Fraktion im  
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im  
Rat der Stadt Dortmund

An die  
lokalen Medien

08.08.06

## **Presseerklärung**

Die Mehrzahl der im Rahmen einer repräsentativen Untersuchung befragten Dortmunder BürgerInnen wollen, dass der U-Turm als Wahrzeichen dieser Stadt erhalten bleibt. Aus der Sicht von SPD und GRÜNEN ist deshalb eine Dach- und Fachsanierung erforderlich, die einerseits die äußere Hülle des Turms verbessert, aber auch eine Verkehrssicherheit herstellt, die das Gebäude für die Allgemeinheit zugänglich macht.

Vor diesem Hintergrund ist es unseres Erachtens sinnvoll, die Option für den Erwerb des U-Turms jetzt wahrzunehmen, um die entsprechenden Arbeiten zügig durchführen zu können. Im Gegensatz zu den jetzigen Eigentümern ist die Stadt aus Gründen der dringend erforderlichen Stadtentwicklung in diesem Bereich einschließlich der Rheinischen Straße daran interessiert, das optische Erscheinungsbild schnell zu verbessern.

Langfristig und mit der Erwartung, dass sich das Land seiner Verpflichtung zur Unterstützung von Projekten zur Kulturhauptstadt 2010 bewußt wird, halten wir das Gebäude nach wie vor für die Museumsnutzung nicht nur geeignet, sondern können uns vorstellen, dass hier eine echte städtebauliche und kulturelle Attraktion entstehen könnte. Allerdings halten wir es zum gegenwärtigen Zeitpunkt politisch für nicht verantwortbar, kommunale Mittel in einem Umfang vorzusehen, der den Städtischen Haushalt über Jahre blockieren würde.

Von daher sind sich SPD und GRÜNE einig, einerseits bei den notwendigen Baumaßnahmen den Gerberentwurf für eine zukünftige Nutzung nicht zu blockieren, andererseits aber keine Schritte zu unternehmen, die weitere umfängliche Investitionen in den U-Turm erforderlich machen.



SPD-Fraktion im  
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im  
Rat der Stadt Dortmund

Wichtig ist, dass der Charakter des Brachgeländes sukzessive verändert wird, um Investoren anzuziehen. Gegebenenfalls, sofern der Grundstückspreis in annehmbare und verhandelbare Regionen gerutscht ist, sind auch städtische Nutzungen in Betracht zu ziehen. Welche dies sein können, wird geklärt, wenn feststeht, ob der Grundstückspreis eine stadtwirtschaftliche Verwertung zulässt. Von daher werden wir uns von der CDU keine Diskussion aufzwingen lassen, die die Grundstücksverhandlungen belastet und zum jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn macht. Ohne Zahlen, Fakten und passende Konzepte ist es müßig, im großen Stil über die anstehenden Projekte Entscheidungen herbeiführen zu wollen.